

dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 1 2026

JANUAR 2026

Es war wie zuletzt so oft: Es gab zum Jahreswechsel wieder Tote und viele Verletzte, dazu Festnahmen und Sachschaden en masse. Dazu verfestigte sich ein neuer Trend: Vor allem Rettungs- und Einsatzkräfte wurden immer wieder von „Feiern“ attackiert und mit Böllern beworfen, dabei teilweise verletzt. Nachdem sich der Rauch gelichtet hat, stellt sich erneut die Frage: Muss das alles wirklich so sein, oder geht das nicht auch besser? Die Fortsetzung der Debatte werden wir spätestens im kommenden November medial verfolgen können.

dbb-Jahrestagung: „Das Rückgrat ist überlastet“



„Wenn Unsicherheiten wachsen, dann wollen die Menschen keine Ausreden. Sie wollen sich auf den Staat verlassen können“, erklärte **dbb-Chef Volker Geyer** (Foto: Marco Urban) und gab damit den thematischen Ton vor für die 67. Jahrestagung des dbb, die letztmals in Köln stattfand. Widerstandsfähigkeit, neudeutsch: Resilienz ist das, was der Staat angesichts multipler Krisen und wachsender Probleme derzeit nötig hat. „Genau dafür gibt es den öffentlichen Dienst. Er ist das Rückgrat dieses Landes. Aber dieses Rückgrat wird seit Jahren überlastet: zu wenig Personal, zu wenig Mittel, zu viel Bürokratie, zu viele Aufgaben. Und dann wundern wir uns, wenn der Staat ins Stocken gerät?“

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt sorgte durchaus für Erstaunen mit seiner Ankündigung, er wolle eine **amtsangemessene Alimentation** „in einigen Wochen“ umsetzen. Freilich hatten dessen Vorgänger Seehofer und Faeser bereits Entwürfe vorgelegt und kurz drauf wieder zurückgezogen, sodass er nun auf gewissen Vorarbeiten aufsetzen können dürfte – dennoch eine Aussage, insbesondere zum Zeitrahmen, die aufhorchen ließ. „Es gibt schlichtweg keine Ausreden mehr“, so der CSU-Politiker. „**Es handelt sich** nicht um eine Finanzfrage, sondern **um eine Frage der leistungsgerechten Entlohnung**. Die Besoldung spiegelt den Leistungsgedanken wider.“

Außerdem verurteilte der Bundesinnenminister Angriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – und **bekannte sich klar zum Berufsbeamtentum**. „Der Staat hat die

Inhaltsverzeichnis

dbb Jahrestagung in Köln: Wichtige Impulse	Seite 1
Gespräch: Alimentation ist weiter Topthema	Seite 3
Silvester: Wieder Randalen und Verletzte	Seite 3
Bürokratieabbau: Erste Vorschläge	Seite 5
Probleme bei Bezüge-abrechnung behoben	Seite 7
Staat muss handlungsfähig bleiben	Seite 8
Verbraucher: Wenn PKV-Beitrag steigt	Seite 9

Verantwortung, hinter seinen Beschäftigten zu stehen“, sagte Alexander Dobrindt (CSU). „Das ist die Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Staat. Wir müssen das Berufsbeamtentum erhalten und nicht infrage stellen. Denn es ist eine tragende Säule unseres Staates und unserer Demokratie.“

Es gebe in der Regierung auch Stimmen, die das anders sehen, sagte der Minister. Er sicherte zu, diesen Stimmen entschlossen entgegenzutreten. **Auch beim Thema Gewalt gegen Beschäftigte positionierte er sich klar:** „Das darf nicht folgenlos bleiben.“ Täglich sind Beschäftigte des Staates Gewalt ausgesetzt – nicht bloß bei der Polizei, auch zahlreiche andere Sparten des öffentlichen Dientes sind betroffen, wie jüngst die Silvesternacht wieder eindrucksvoll belegte. Dobrindt: „Es darf nicht sein, dass Taten unbestraft bleiben. Deshalb müssen wir den strafrechtlichen Schutz ausbauen und schnelle Entscheidungen der Justiz ermöglichen. Wer respektlos auftritt, soll möglichst sofort die Konsequenzen zu spüren bekommen. Das ist es, was für mich einen starken Staat und die Demokratie ausmacht.“



Auch der **Ministerpräsident von NRW, Hendrik Wüst**, erneuerte sein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum: „In der Summe gehören ausreichend ausgestattete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beamtinnen und Beamte zu einem krisenfesten, modernen Staat. Ohne sie wird es nicht gehen. Dieser Staat braucht das Berufsbeamtentum“. Um es zu stärken, werde das Land Nordrhein-Westfalen den angestrebten **Tarifabschluss** in der laufenden Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder **eins zu eins auf die Besoldung übertragen**.

In seinem Impulsvortrag unterstrich **Digitalminister Karsten Wildberger**, dass 2026 ein entscheidendes Jahr für die digitale Zukunft werde. Amerika sei in den letzten zehn Jahren wirtschaftlich komplett davongezogen. „Dort entstehen die Technologien, die die Welt antreiben. Wir nutzen diese Technologien, aber wir produzieren sie nicht. Wir kaufen Zukunft ein, statt sie selbst zu bauen“, unterstrich der Minister. Wer KI nicht selbst produziert, mache sich von anderen abhängig. Wildberger weiter: „Geschwindigkeit, Skalierung und Innovationskraft sind die neuen Währungen. Digitale Souveränität bedeutet Resilienz - keine Abschottung, sondern Handeln auf Augenhöhe.“ Mit den Worten „Ich möchte mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten, ein modernes Land aufzubauen. Weniger Warten, mehr Handeln. Weniger Bürokratie, mehr Innovation. Sind wir bereit für Veränderung, dann sind wir bereit für die Zukunft“, schloss er seinen Vortrag ab.

„Sind Sie sicher, dass Sie in drei Jahren noch in einem freien Land leben?“, fragte der **Jurist und Publizist Michel Friedman** eingangs seiner Keynote zur Eröffnung des zweiten Tagungstages. Friedmann warnte: „Die Übernahme des Zynismus á la Trump und die Aufgabe des Widerstandes gegen den Hass bedrohen die Demokratie. Die schlechteste Demokratie ist mir lieber als die beste Diktatur.“ Daher wolle er „allen Nörglern“ sagen: „Sie können in diesem Land nörgeln, in Teheran oder Moskau können Sie das so nicht.“ Am meisten sei er betrübt über den fehlenden Einsatz der Demokratinnen und Demokraten. Er fragte: „Wo sind wir? Warum haben wir so eine Schüchternheit und eine Zurückhaltung?“

Gespräch mit Hessens Innenminister Poseck: Alimentation weiter das dbb-Topthema



Mit dem Ausblick auf ein „spannendes Jahr“ begrüßte der hessische Innenminister Prof. Dr. **Roman Poseck** die Delegation des dbb Hessen zum ersten Gespräch des Jahres. Von der Landesleitung nahmen **Volker Weigand** und **Christian Poplutz** unterstützt von den Mitgliedern des Landesvorstandes **Carolin Krause** und **Björn Werminghaus** teil. Natürlich habe auch er die Aussage von Bundesinnenminister Dobrindt in Köln zur Alimentation mitbekommen (siehe oben), sagte Poseck. Er teile ausdrücklich die Auffassung seines Kollegen, dass ein starker

öffentlicher Dienst gebraucht werde. Er stellte jedoch unmissverständlich klar, dass in wenigen Wochen die verfassungswidrige Situation in Hessen nicht zu bereinigen sei. Es gebe unbestritten noch einige Hausaufgaben für Hessen zu erledigen, sagte er mit Blick auf das jüngste BVerfG-Urteil zur Berliner Alimentation, was sich inhaltlich auch auf alle anderen Bundesländer auswirkt. **Noch in diesem Jahr stellte er, im Nachgang zur in Kürze anstehenden Tarifrunde für den TV-H, auch einen Vorstoß der hessischen Landesregierung in Aussicht** – jedoch nicht ohne erneut die angespannte Haushaltslage anzusprechen. Erst danach werde man sich dem Thema „Vergangenheitsbewältigung“ (Stichwort: Widersprüche gegen die Besoldung) widmen können. „Wir brauchen noch Zeit“, warb er um Verständnis. In dem sehr offenen Gespräch ging es weiterhin um die Themen Arbeitsverdichtung und Einsatz von KI.

Silvester: Verletzungen und Randalie in der Neujahrsnacht wären vermeidbar gewesen

Und jährlich grüßt das Murmeltier: Der Jahreswechsel war (wieder einmal) nicht für alle ein Grund, ausgelassen zu feiern. Einige ließen ihr Leben oder erlitten schwerste Verletzungen - andere mussten Schwerstarbeit leisten, teilweise attackiert und beschimpft von „Feiernden“. Alle zuvor geforderten Böllerverbote waren wieder in Schall und Rauch aufgegangen und auch das vielfach angekündigte härtere Durchgreifen gegen diejenigen, die den allgemeinen Ausnahmezustand ausnutzen, um sich und anderen im Schutz der Anonymität Schaden zuzufügen, konnte nicht überall Schäden und Ausschreitungen verhindern.

Noch einmal die „Höhepunkte“ der Nacht, deutschlandweit: Mindestens zwei Tote und hunderte Schwerverletzte. Oft half an den Hotspots nur der gebückte Gang, um unbeschadet entkommen zu können, wenn Randalierende Raketen und Böller in die Menge schossen. Die Feuerwehren mussten wesentlich häufiger ausrücken. Der entstandene Sachschaden geht nicht nur erneut weit in die Millionen. „Alles das wäre vermeidbar gewesen“, sagte Volker Weigand, stellvertretender Vorsitzender des dbb Hessen.

„Nach einer solchen Bilanz kann man nicht einfach nach wenigen Tagen ritualisierter Aufregung und Beschwichtigung zur Tagesordnung übergehen – und in knapp elf Monaten die selbe Platte erneut auflegen. Es wird jedes Jahr schlimmer“, sagte Weigand.

Hundertschaften von Polizisten schoben an den Hotspots der Innenstädte Dienst, um an viele Orten das Schlimmste zu verhindern. Rettungskräfte und Feuerwehrleute waren nicht nur extrem gefordert, mancherorts wurden sie sogar bei ihrer Arbeit massiv behindert oder gar angegriffen. Die Notaufnahmen liefen am Anschlag und hinterher mussten die Entsorgungsbetriebe Extraschichten fahren, um den Müll zu beseitigen.

Durchgreifen auch eine Frage der Glaubwürdigkeit

„Und das alles, damit ein kleiner Teil der Bevölkerung im Schutz der Anonymität auf nichts und niemanden Rücksicht nimmt – im Gegenteil“, stellte Weigand fest. Zu selten hat das Fehlverhalten Konsequenzen. Einerseits, weil nicht überall die Polizei präsent sein kann, andererseits weil eine beweiskräftige Verfolgung von Straftaten, begangen aus der Menge im Partygetümmel, praktisch kaum hinzubekommen ist. „Leidtragende sind nicht nur die Einsatz- und Hilfskräfte. Es sind auch die friedfertigen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die zunehmend das Gefühl bekommen, dass der öffentliche Raum in unseren Städten besonders an Silvester zum Angstraum geworden ist, in dem der Staat sie nicht mehr ausreichend schützen kann“, so Weigand.

Das ist eine Entwicklung, die nun schon länger dauert, und von der Gesellschaft insgesamt nicht akzeptiert wird. Es ist die vorläufige Zwischenstation einer Gewaltspirale, in der bestehende Gesetze einfach nicht mehr beachtet werden – und die Nichtbeachtung zu oft folgenlos bleibt.

„Die Politik sollte noch deutlicher ihren Handlungsauftrag erkennen“, findet Weigand. Ein erster Schritt könnte die Ankündigung der Bundesregierung sein, Angriffe auf Einsatzkräfte künftig härter bestrafen zu wollen. Das könnte dazu beitragen, dass wenigstens in den wenigen Einzelfällen, in denen möglicherweise ein beweiskräftiges Ermittlungsverfahren durchgeführt werden kann, tatsächlich auch drastische Strafen, auch Freiheitsstrafen verhängt werden und zwar zeitnah. Erstens würde sich das herumsprechen und zweitens würden die Ankündigungen des harten Durchgreifens dann auch wieder mehr Glaubwürdigkeit erfahren, was aus der Sicht des dbb Hessen absolut notwendig ist. **(Pressemitteilung vom 1. Januar 2026)**

+++++

WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit geraumer Zeit können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: presse@dbbhessen.de

+++++



Bürokratieabbau: Landesregierung legt erste Maßnahmen vor

Die hessische Landesregierung hat sich das Thema Entbürokratisierung für die aktuelle Legislaturperiode auf die Fahnen geschrieben – als Teil der **Föderalen Modernisierungsagenda der Bundesregierung**. Darin haben sich Bund und Länder auf einen umfassenden Reformkurs verständigt, um Staat und Verwaltung in Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. Ziel ist es, Bürokratie abzubauen, Verfahren deutlich zu beschleunigen und staatliche Strukturen effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Insgesamt umfasst die Agenda mehr als 200 konkrete Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig umgesetzt werden sollen. Die Maßnahmen sind dabei fünf übergeordneten Leitthemen zugeordnet:

- Abbau von Bürokratie durch die Reduzierung von Pflichten, die Modernisierung von Formerfordernissen und vereinfachte Genehmigungen.
- Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere im Bau-, Umwelt- und Vergaberecht.
- Effiziente und resiliente staatliche Strukturen durch bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die Bündelung von Prozessen.
- Konsequente Digitalisierung von Verwaltungsverfahren, um Zeit zu sparen, Abläufe transparenter zu machen und Services niedrigschwellig anzubieten.
- Bessere Rechtsetzung, die verständlich, praxistauglich und verlässlich ist.

Fokus: Novelle des Verwaltungsverfahrensgesetzes und Zweites Bürokratieabbaugesetz

Ein Kernprojekt der Agenda ist die Novelle des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) und das Zweite Bürokratieabbaugesetz. Im Mittelpunkt stehen die Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren, insbesondere mit Blick auf große Infrastrukturprojekte und die zügige Umsetzung von Investitionen aus dem „Sondervermögen Infrastruktur“. Die hessischen Ministerien haben insgesamt rund 100 Maßnahmen zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands identifiziert.

Hier einige Änderungen im Überblick:

Staatskanzlei / alle Ressorts:

- In verwaltungsrechtlichen Verfahren reicht künftig grundsätzlich die Textform anstelle der Schriftform aus.
- Auf die Vorlage von Originalen oder beglaubigten Nachweisen wird in einigen Verfahren verzichtet. Eine Kopie reicht dann aus.
- Die Vorlage von Geburtsurkunden kann durch die Vorlage von Kopien des Personalausweises oder Reisepasses ersetzt werden.

- In „geeigneten Fällen“ soll bei Prüfungszulassungen auf die Vorlage eines Führungszeugnisses verzichtet werden.
- Im Gesundheitswesen sollen doppelte Anzeige- und Meldepflichten entfallen.

Innenministerium:

- Das KommFlexG soll es Kommunen ermöglichen, Abweichungen von landesrechtlichen Regelungen auf kommunaler Ebene zeitlich begrenzt zu erproben.
- Der Neubau von Feuerwehrhäusern soll durch Musterlösungen vereinfacht werden.
- Aufhebung der Farbvorgabe für Feuerwehreinsatzkleidung.

Finanzministerium:

- Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften zur LHO; insbesondere:
- Die Betragsgrenze zur Beteiligung der fachlichen Verwaltung bei Bauprojekten wird erhöht.
- Die Pflicht, bei größeren institutionellen Förderungen zum Zuwendungsrecht auch das Vergaberecht zu prüfen, soll entfallen. Ebenso die Pflicht zur Ausschreibung drei Angebote einzuholen, entfällt bei Volumina bis 10.000 Euro.
- Konzentration auf eine Bewilligungsbehörde bei mehreren Zuwendungsgebern.
- Fristen bei Mittelanforderungen werden verlängert, Verwendungsnachweise vereinfacht.

Justizministerium:

- Einstellungsverfahren für den mittleren Justizdienst sowie den Rechtspfleger-Dienst werden hinsichtlich der Regelungen zur Eignungsprüfung vereinfacht.
- Einführung des E-Examen bei der 2. juristischen Staatsprüfung.

Kultusministerium:

- Automatischer Datenaustausch zwischen Einwohnermeldeamt und Schulen zur Aktualisierung der Schülerdaten in Lehrer- und Schüler Datenbank.
- Ausländische Schulabschlüsse sollen schneller anerkannt werden, wenn ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in Hessen nachgewiesen werden kann.
- Vereinfachter Einstieg für Quereinsteiger in den Lehrerberuf über das Lehrkräftebildungsgesetz. Für die Verbeamtung in Bedarfsfächern reicht künftig ein Fach.

Wissenschaft:

- Das Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen soll vereinfacht werden.
- Novelle zum Sozialberufe-Ankerkennungsgesetz.

Wirtschaft:

- Vereinfachung beim Bauen: digitaler Bauantrag, digitaler Quickcheck Bauantrag, leichter Ausbau Dachgeschosse, Pflicht zu Stellplatznachweis in Großstädten wird reduziert, leichtere Aufstockung bestehender Gebäude.
- Mobilfunkmasten bis 20 Meter Höhe brauchen keine Genehmigung mehr.
- Standardisierte Antragsstellung bei Genehmigungen für Personenbeförderung.
- Antragsverfahren der kommunalen Infrastrukturförderung wurde vereinfacht.

Digitalisierung:

- Umsetzung des Once-Only-Prinzips
- Das Beteiligungsportal Hessen steht nun auch Kommunen zur Nutzung zur Verfügung.

Umwelt/Landwirtschaft:

- Beratungs- und Beteiligungsgremien wurden reduziert.
- Erleichterungen bei Wiederverwendung bestimmter Ersatzbaustoffe MEB.
- Entlastung für Förster z. B. durch Aussetzung der FSC-Zertifizierung oder vereinfachte Naturschutzleitlinien.

Familie:

- Vereinfachung des Verwaltungsaufwands für Familien und Einrichtungen für die Vorlage von Impf- oder Erklärungsnachweisen.

Soziales:

- Erstellung eines digitalen Heimverfahren.
- Reduzierung von Statistikpflichten.
- Fast Lane-Modell für Anerkennung ausländischer Fachkräfte.
- Vereinfachung der Einrichtungsaufsicht über Einrichtungen der Jugendhilfe.

Viele der Einzelmaßnahmen betreffen auch direkt den öffentlichen Dienst in Hessen, doch der große **Rundumschlag in Sachen Digitalisierung und Entbürokratisierung bleibt** nach Meinung von **Julika Lückel**, stellvertretender Landesvorsitzenden des dbb Hessen **weiterhin aus**. „Die einzelnen Gesetzesnovellierungen sind mitunter sicherlich im Einzelfall hilfreich. Man gewinnt nur leider nicht den Eindruck, dass die Hessische Landesregierung mit diesem Paket einen Masterplan verfolgt. Manche Punkte wirken eher, als habe man im ersten Durchgang die offensichtlichen Handlungsbedarfe identifiziert und hierfür punktuell digitale Lösungen gesucht“, so Lückel. Es sei allgemein bekannt, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung **schnelle Fortschritte bei der Digitalisierung als zukunftsentscheidend für unser Land** ansehen – hierfür müsse trotz des umfangreichen Maßnahmenpaketes noch einiges getan werden. „Hessen hat den Weg eingeschlagen, er muss aber auch konsequent weiter gedacht und entsprechend umgesetzt werden. Hier könnte die Landesregierung zeigen, dass Hessen im Bundesländervergleich tatkräftig voranschreitet. Damit wäre sowohl den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, als auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Vereinen mehr geholfen, als mit Forderungen nach der Abschaffung des Rechts auf Teilzeit große Schlagzeilen zu füllen“, ist Lückel überzeugt.

Bezügeabrechnung - Technische Probleme beim BZSt behoben

Viele Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger/innen erlebten bei den Januarbezügen eine **unangenehme Überraschung. Die Nettobezüge lagen – teilweise sehr deutlich – unter den Nettobezügen der Vormonate**. Dies war nicht nur in Hessen so, sondern betraf alle Bundesländer und den Bund. Grund dafür war eine technische Störung beim Bundeszentralamt für Steuern (BZSt). Durch diese Störung wurden für die Bezügeabrechnung erforderliche Steuerdaten, insbesondere die Beitragswerte für die private Kranken- und Pflegeversicherung, nicht an die Bezügestellen übermittelt.

Wie das für die Besoldung und Versorgung der Landesbeamtinnen und -beamten in Hessen zuständige RP Kassel auf seiner Homepage mitteilt, ist diese Störung inzwischen behoben. Dort heißt es: *„Die Störung ist jetzt behoben und die relevanten Daten der privaten Kranken- und Pflegeversicherungsunternehmen wurden an das Regierungspräsidium Kassel – Bezügestelle übermittelt. Diese Daten werden für die Abrechnung der Bezügezahlungen für Februar 2026 berücksichtigt und führen automatisch zu einer Berichtigung der Januarbezüge. Sollte sich für Januar 2026 eine Lohnsteuererstattung ergeben, wird diese Erstattung in der Abrechnung Februar berücksichtigt und erhöht den Netto-Auszahlungsbetrag. Ein gesonderter Antrag ist nicht erforderlich. In einigen Fällen kann die Berücksichtigung und Korrektur der Vormonate erst in den Folgemonaten erfolgen.“*

Die aktiven Beamtinnen und Beamten haben diese Info bereits auf ihrer Bezügeabrechnung für Februar lesen können, die elektronisch im Serviceportal abrufbar ist. Für die Versorgungsempfänger/innen steht diese Möglichkeit leider nicht zur Verfügung. **(S. Waldschmidt)**

Geyer: Die Bevölkerung erwartet einen handlungsfähigen Staat

Der dbb-Chef kritisiert den Umgang mit dem Stromausfall in Berlin und fordert Maßnahmen, um den öffentlichen Dienst für Krisenfälle zu stärken.

„Die Bevölkerung erwartet gerade in Krisensituationen einen handlungsfähigen Staat. Berlin hat gezeigt, dass man nicht auf Krisen dieser Art vorbereitet ist. Das ist eine Katastrophe“, so dbb-Chef **Volker Geyer** im Interview mit der Rheinischen Post (Ausgabe vom 10. Januar 2026) über den tagelangen Stromausfall in der Hauptstadt. Als Ursache nannte er unter anderem die Privatisierung kritischer Infrastrukturen. Um diese funktionsfähig zu halten, sei eine Überprüfung der staatlichen Kontrollmechanismen und gesetzlichen Vorgaben dringend nötig. **„Was in Berlin passiert ist, kann jederzeit an anderen Orten passieren - in Köln, in Stuttgart, in München. Der Staat darf sich aber nicht derart vorführen lassen.“**

Eine wichtige Grundlage für einen krisenfesten Staat sei ein funktionierender öffentlicher Dienst. „73 Prozent der Bürger halten den öffentlichen Dienst nicht mehr für handlungsfähig“, erklärte Geyer. Besonders betreffe dies die Bereiche Bildung, Infrastruktur und Cybersicherheit. Auch der Fachkräftemangel werde als zentrales Problem wahrgenommen.

Mit Blick auf die Sicherheit der Beschäftigten forderte Geyer, dass Täter bei Angriffen zügig abgeurteilt werden: „Die müssen merken, dass der Staat eingreift, dass er sich Gewalt gegen seine Beschäftigte nicht gefallen lässt. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen.“

Der dbb Bundesvorsitzende sprach im Interview ebenfalls darüber, welche Rolle die aktuellen Verhandlungen in der Einkommensrunde der Länder bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels spielen. Der dbb setze alles daran, um für attraktive Arbeitsbedingungen zu sorgen, und fordert eine Erhöhung der Tabellenentgelte der Beschäftigten um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro monatlich. „Die Länder sind gut beraten, zur nächsten Verhandlungsrunde nicht mit leeren Händen anzureisen.“ Bei fehlendem Verhandlungswillen sei der dbb vorbereitet, um den Druck zu erhöhen: „Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass Warnstreiks bei den Landesbeschäftigten nicht wehtun. Alleine die Witterung der letzten Tage hat doch gezeigt, wie wichtig die Räumdienste auf den Straßen sind. Bei den Unikliniken können wir ebenfalls ordentlich Druck aufbauen.“

Mehr Informationen unter www.dbb.de; Interview in der Rheinischen Post (RP ePaper, 10.01.2026)

Verbraucherzentrale: Was tun, wenn die PKV die Beiträge erhöht?

In den letzten Monaten wendeten sich wieder viele Ratsuchende an die Verbraucherzentrale Hessen und baten um Hilfestellung, wie sie auf die zum Teil stark gestiegenen Beiträge ihrer privaten Krankenversicherung reagieren können. Einzelne berichten von Erhöhungen um 30 Prozent, in einem Fall sogar um 50 Prozent. Insbesondere diejenigen, die im Rentenalter sind, haben Sorge, ob sie die Kosten ihrer Versicherung langfristig stemmen können. Der Verband der Privaten Krankenversicherung selbst gibt die Steigerungen mit durchschnittlich 13 Prozent bei 60 Prozent der Versicherten an.

„Zunächst sollte man die Optionen beim eigenen Unternehmen prüfen. Durch einen Tarifwechsel ist häufig eine Reduzierung der Kosten möglich. Allerdings bedeutet dies meist auch Einbußen bei den Leistungen“, sagt Silke Möhring, Leitung Team Gesundheitsdienstleistungen der Verbraucherzentrale Hessen. Daher sei es wichtig, erstmal eine Übersicht über sämtliche Optionen beim bisherigen Versicherer zu bekommen. Die Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung ist unter Umständen eine weitere Option. Hüten sollte man sich jedoch vor fragwürdigen Dienstleistern. „Vermehrt tauchen Fälle in der Beratung auf, in denen eine Rückkehr über ein anderes EU-Land scheitert. Die Ratsuchenden haben häufig viele tausend Euro hierfür umsonst bezahlt“, berichtet Möhring.

Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag (www.dbbverlag.de) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: presse@dbbhessen.de

+++++

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als*	
Bitte wählen Sie	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Herren e. V., Volker Weigand (stellv. Landesvorsitzender und Schatzmeister) sowie Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe)

Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbbhessen.de.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb
vorteilswelt